## **VPOD Bundespersonal**

Gruppe Armeemagazin Ostermundigen.

Unsere Gruppe hielt am Montag, den 24. Januar 1927 ihre ordentliche diesjährige Jahresgeneralversammlung ab, an welcher der Vorstand bestellt wurde aus folgenden Genossen: Präsident Eduard Meyerhofer, Sekretär Otto Huber, Einzügerin Frau Lina Wyss, Vertrauensmann Gottfried Beyeler, Unionsdelegierter Hans Wüthrich, Ordner für den Bildungsausschuss Paul Scherrer.

Von der Verwaltung liegt die schriftliche Mitteilung vor, dass infolge Verwerfung des Getreidemonopols eine Versetzung der Spareinleger zu den ordentlichen Mitgliedern der Versicherungskasse nicht erfolgen könne.

Die im Jahre 1926 durchgeführte Lohnbewegung für die Arbeiter des Armeemagazins war nicht durchgreifend, das heisst, es wurden nicht alle Arbeiter berücksichtigt. Man glaubte nun zuversichtlich, dass die nicht berücksichtigten Arbeiter auf Neujahr 1927 eine Aufbesserung erhalten würden. Das war nun sieht der Fall. Es bestehe ein Beschluss des Chefs des Militärdepartements, dass Lohnerhöhungen nur alle zwei Jahre vorgenommen werden dürfen. Es heisst also hier: Abwarten und Tee trinken. Durch eine Eingabe unseres Lokalsekretariates wurde erwirkt, dass auch die Arbeiter des Armeemagazins den Arbeitern des eidgenössischen Zeughauses Bern im Bezug billiger Nichtordonanzlismer gleichgestellt wurden. Der in den letzten Jahren angehäufte Zins und kleinere Überschüsse aus den Nichtbetriebsunfallprämien wurde auf Verfügung des Oberkriegskommissariates in der Weise der Arbeiterschaft rückvergütet, dass den Arbeiterinnen Schürzen und den Arbeitern ein einheitlicher Stoff für Überkleider abgegeben wird. Einstimmig wurde beschlossen, auch dieses Jahr weiterhin Mitglied des Hilfsvereins des Personals der allgemeinen Bundesverwaltung zu verbleiben.

Unter Verschiedenem gab die Versammlung der Freude Ausdruck, dass der schwer verunfallte Genosse Friedrich Hess seiner Arbeit wieder beständig obliegen und auch an den Versammlungen wieder unter den Nebenkollegen weilen kann.

Der Berichterstatter.

Der öffentliche Dienst, 4.2.1927.